

FBA

„Weltklimavertrag nur Flickwerk“

Regierungsgutachter für Mindestpreis auf CO₂-Emissionen

ami. BERLIN, 2. Februar. Das weltweit gefeierte Klimaabkommen von Paris ist nach Auffassung des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium nicht geeignet, das Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen. In Paris sei die Weltgemeinschaft lediglich übereingekommen, auf „ein Flickwerk freiwilliger Selbstverpflichtungen zu setzen, die für die ferne Zukunft definiert sind und deren Durchsetzbarkeit zweifelhaft ist“, schreibt der Beirat in einer noch unveröffentlichten Stellungnahme für Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD).

Es sei „sehr unwahrscheinlich, dass sich der Klimawandel so wirksam begrenzen lässt“, heißt es in der dieser Zeitung vorliegenden Studie. Vielmehr lade die aktuelle Situation manche Staaten zum „Trittbrettfahren“ ein. „Alle Staaten profitieren davon, wenn sich andere bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen anstrengen, doch viele sind nicht bereit, auch im eigenen Land eine ambitionierte Klimapolitik zu betreiben.“

Deswegen schlägt der Beirat unter Führung des Ökonomen Hans Gersbach einen anderen Ansatz vor. Alle Staaten sollten sich verpflichten, weltweit einen Mindestpreis für Kohlendioxidemissionen einzuführen. Wie das Verfahren ausgestaltet werde, ob durch Steuern, Emissionshandel oder andere Mechanismen, könne ihnen überlassen bleiben.

Der auf globale Einstimmigkeit zielende UN-Prozess führe nicht zu einem wirksamen Klimaschutz. Der müsse vielmehr durch eine „Koalition der Willigen“ initiiert und vorangetrieben werden. Diese „Koalition der Willigen“

könnten die 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) sein.

Dass die Bundesregierung dieses Jahr die Führung der G-20-Staaten innehat, sieht der Beirat als eine Chance, das Thema voranzubringen. Tatsächlich hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Thema Klima auf die Tagesordnung gesetzt. Neben dem einheitlichen Mindestpreis für CO₂-Emissionen sei es wichtig, alle Staaten am Klimaschutz zu beteiligen, heißt es in dem federführend von dem Kölner Ökonomen Axel Ockenfels bearbeiteten Papier. Dazu könnten internationale Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen entwickelt werden. Dies sei „eine notwendige Bedingung für stabile internationale Kooperation“. Ohne eine effektive Kooperation werde allerdings die nationale wie auch die internationale Klimapolitik scheitern.

Nicht zuletzt plädieren die Autoren dafür, in der EU einen einheitlichen CO₂-Mindestpreis einzuführen. Sie halten es für erwägenswert, den Emissionshandel auf weitere Wirtschaftssektoren auszudehnen, die heute nicht davon betroffen sind, als da wären Verkehr, Landwirtschaft und die Gebäudewirtschaft.

Die Gutachter gewinnen dem CO₂-Mindestpreis auch für die deutsche Energiepolitik gute Seiten ab: Ohne Untergrenze führe die fortgesetzte Förderung erneuerbarer Energien nur dazu, dass der CO₂-Preis und damit auch der Strompreis falle. Bei unveränderter Emissionsmenge sei das Ergebnis lediglich, „dass die durch weitere Förderung der erneuerbaren Energien eingesparten Emissionen durch andere Emissionen ersetzt werden“.